

SoVD und ver.di demonstrierten am Equal Pay Day gegen Lohndiskriminierung

Ungleicher Bezahlung von Frauen und Männern ein Ende setzen

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – in einer gemeinsamen Aktion forderten der Sozialverband Deutschland (SoVD) und die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) anlässlich des Equal Pay Days am 26. März in Berlin ein Ende der Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen.



Fotos (5): Schlemmer

Protest vor dem Brandenburger Tor gegen den Missstand der Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen – zahlreiche SoVD-Mitglieder und -funktionäre gingen gemeinsam auf die Straße.



Für mehr Lohngerechtigkeit auf der Straße (v. re.): Bärbel Bernstein und Dr. Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialversicherungen im SoVD (hinten links).

Pünktlich um 12 Uhr formierten sich die Frauen aus dem SoVD gemeinsam mit Vertreterinnen von ver.di zu einer langen Menschenkette am Brandenburger Tor. Vorab waren bereits am Potsdamer Platz symbolhaft rote Taschen mit Informationen zu dem geschlechtsbedingten Entgeltunterschied verteilt worden.

Zahlreiche Passanten und auch die Presse interessierten sich für die Inhalte der Aktion am Equal Pay Day. „In Deutschland verdienen Frauen immer noch 23 Prozent weniger Lohn als Männer – und dies trotz Ausübung gleicher oder vergleichbarer Tätigkeiten. Mit dieser Ungerechtigkeit muss endlich Schluss sein, denn viele Frauen sind genauso gut qualifiziert wie Männer und haben deshalb auch ein Recht auf Entgeltgleichheit“, erklärten die Bundesfrauensprecherin des SoVD, Edda Schliepack, und die stellvertretende ver.di-Vorsitzende, Margret Mönig-Raane, während der gemeinsamen Aktion. Da überdurchschnittlich viele Frauen im Niedriglohnssektor beschäftigt sei-

en, müsse vorrangig ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden. Dies wäre ein erster großer Schritt auf dem Weg zu mehr Lohngerechtigkeit für viele Frauen. Zudem wiesen die beiden Frauenvertreterinnen von SoVD und ver.di darauf hin, dass Führungspositionen in Deutschland nach wie vor mit deutlicher Mehrheit von Männern besetzt werden.

Recht auf Entgeltgleichheit bei gleicher beruflicher Qualifikation

„Und dort, wo Frauen in führenden Positionen beschäftigt sind, verdienen sie 33 Prozent weniger als Männer“, mahnten Mönig-Raane und Schliepack. Mit dieser „Lohnlücke“ bildet Deutschland eines der Schlusslichter im europäischen Vergleich. SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack forderte, dass es dringend notwendig sei, endlich bessere Bedingungen für die vollständige Chancengleichheit von Frauen zu schaffen. Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften seien gefragt, um die Ursachen der Lohnlücke zu bekämpfen und schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen, so Edda Schliepack. SoVD und ver.di forderten deshalb



SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack (rechts) im Gespräch mit einer Journalistin vom Neuen Deutschland.



Mit roten Taschen auf dem Potsdamer Platz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen.



Gemeinsam ging es in einer Menschenkette zum Brandenburger Tor. Vorne v. li.: SoVD-Frauensprecherin Edda Schliepack, ver.di-Referentin Alexa Wolfstetter, Frauensprecherin des SoVD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Bärbel Bernstein, und SoVD-Vorstandsmitglied Inge Jefimov (re.).

sowohl Politik als auch Arbeitgeber dazu auf, konkrete Maßnahmen für die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern zu ergreifen und die bestehende Lohnbenachteiligung von Frauen zu korrigieren. Hierfür sei es neben der Einführung eines

gesetzlichen Mindestlohnes erforderlich, ein transparentes Tarifsystem sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten, zum Beispiel durch den Ausbau der Kinderbetreuung und familienfreundliche Arbeitszeiten.

Endlich Hoffnung für die Beschäftigten in der Pflege

Mindestlohn in der Pflege kommt

Nach dem Scheitern der Tarifkommission schien die Einführung eines Mindestlohns in der Pflege in weite Ferne gerückt (wie berichtet in der April-Ausgabe). Nun gibt es doch Hoffnung für die rund 800 000 in Pflegeheimen und bei ambulanten Pflegediensten Beschäftigten: Ab Juli soll für Pflegekräfte im Westen eine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro gültig sein; im Osten Deutschlands erhalten sie dann mindestens 7,50 Euro pro Stunde.

Diese Entscheidung wurde vom Arbeitgeberverband Pflege Ende März mitgeteilt. Der Mindestlohn soll auch für ausländische Unternehmen, die in Deutschland tätig sind, gelten. Die zuständige Kommission hatte sechs Monate lang beraten; mehrfach waren die Verhandlungen gescheitert. Die Einigung muss jetzt noch vom Kabinett bestätigt werden. Der Mindestlohn soll schrittweise steigen: Zum 1. Januar 2012 sollen

im Westen 8,75 Euro pro Stunde und 7,75 Euro in Ostdeutschland gezahlt werden. Zum 1. Juli 2013 soll dann auf 9 Euro und 8 Euro pro Stunde angehoben werden. Gewerkschaften und Sozialverbände erklärten den Schritt als überfällig. Auch der SoVD setzt sich seit langem für den Mindestlohn sowie eine bessere gesellschaftliche Anerkennung und Bezahlung der Pflegeberufe sowie für angemessene Arbeitsbedingun-

gen für die mehr als 800 000 bei Pflegediensten und in Pflegeheimen Beschäftigten ein. Rund 2,25 Millionen Menschen in Deutschland sind derzeit pflegebedürftig. Ihre Zahl wird sich aufgrund der demographischen Entwicklung in den kommenden 40 Jahren mehr als verdoppeln. Allein in den nächsten zehn Jahren werden zusätzlich etwa 77 000 zusätzliche Fachkräfte für die Pflege älterer Menschen benötigt. *veo*



Foto: fred goldstein/fotolia

Endlich ein Mindestlohn in der Pflege – der SoVD setzt sich seit langem dafür sowie eine bessere gesellschaftliche Anerkennung und für angemessene Arbeitsbedingungen ein.